Liechtensteins «Goldesel» als Zukunftsproblem

Die Finanzdienstleistungsbranche vor dem EWR

Der Finanzdienstleistungssektor hat für Liechtenstein eine herausragende Bedeutung, weil neben anderen volkswirtschaftlichen Effekten auch rund die Hälfte der Steuereinnahmen von Staat und Gemeinden aus dieser Branche stammen, wie eine Studie des St. Galler Zentrums für Zukunftsforschung über deren Entwicklungsperspektiven festhält. Die Studie bezieht auch mögliche Szenarien der Integrationspolitik Liechtensteins ein und entwirft Strategien für die Gewährleistung eines weiterhin prosperierenden Finanzdienstleistungssektors.

G. M. Vaduz, 20. Juni

«Mit Blick auf die Finanzmärkte und die Märkte für Finanzdienstleistungen ergibt sich aus der zunehmenden internationalen Vernetzung, dass diese neue Verbindungskette zugleich zur *Entwicklung* neuer Formen der Geldanlage und Kreditvermittlung führt und durch die Schaffung neuer Handelsinstrumente und Handelsmärkte zu einer Schwächung der Wirksamkeit der Geldpolitik führt»; zu dieser Feststellung kommt ein Gutachten des *St. Galler Zentrums für Zukunftsforschung* im Zusammenhang mit den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die liechtensteinische Finanzdienstleistungsbranche. Von diesen «realwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen» dürfe sich das Fürstentum nicht abkoppeln, meinen die im Auftrag der Regierung tätigen Gutachter, wenn es seine Position als wichtiger Akteur auf den Finanzmärkten behalten möchte.

Fiskalisch interessante Drehscheibenfunktion

Die Studie, die als Anschluss- und Vertiefungsstudie über eine einzelne Branche nach zwei entsprechenden Gutachten über Entwicklungsperspektiven der liechtensteinischen Volkswirtschaft zu sehen ist, legt die Bedeutung des Finanzdienstleistungssektors für Liechtenstein fest, indem sie die geschätzte Zahl von rund 70 000 in Liechtenstein *domizilierten Gesellschaften* mangels amtlicher Zahlen übernimmt. Sein grosses Geschäftsvolumen und die überdurchschnittliche Ertragskraft verdankt der Finanzdienstleistungssektor, der sich in regelmässigen Abständen *Angriffen* aus dem Ausland gegenüber sieht und besonders im Inland im Zusammenhang mit dem *EWR-Beitritt* ins Zentrum der Diskussionen gestellt wurde, den zahlreichen ausländischen Unternehmen und Privatpersonen, die Kapitaltransaktionen über diese Gesellschaften abwickeln. Trotz sehr tiefen Steuersätzen, hält das Gutachten fest, fielen dabei *hohe Fiskaleinnahmen* zugunsten des Staates an, die bewirkten, dass alle Steuerpflichtigen in Liechtenstein vom ertragsreichen Finanzdienstleistungsbereich *profitierten*.

Das Gutachten wiederholt die von Finanzkreisen seit längerer Zeit gemachte Feststellung, dass Liechtenstein trotz gut ausgebauter Infrastruktur im Banken- und Beratungsbereich nicht als Finanzplatz im *klassischen* Sinn bezeichnet werden könne. Dazu verfüge das Land weder über die Mittel zur Durchsetzung einer autonomen Geld- bzw. Währungspolitik wegen des Fehlens einer eigenen Währung und einer eigenen Notenbank noch über genügend eigene Anlagemöglichkeiten. Unter diesen Voraussetzungen über der Finanzdienstleistungssektor vielmehr eine Art *Drehscheibenfunktion* aus, indem Gelder aus dem Ausland entgegengenommen, auf liechtensteinischen Konten bzw. Depots angelegt und grösstenteils wieder im Ausland investiert würden.

Hohe volkswirtschaftliche Bedeutung

Die im Gutachten erwähnten Eckdaten für den Finanzdienstleistungssektor bestätigen die hervorragende Bedeutung dieser Branche für das Fürstentum. Anhand der Zahlen aus dem Jahr 1991 wird deutlich, dass von den gesamten *Steuereinnahmen* von 291,8 Mio. Fr. allein ein Anteil von 145,3 Mio. Fr. oder 50% aus dem Sektor der Banken und des Treuhandwesens stammen. Vom nominellen *Bruttoinlandprodukt*, das von den Gutachtern mangels einer nationalen Buchhaltung mit rund 2000 Mio. Fr. errechnet wurde, erwirtschaftete der Finanzdienstleistungssektor 23%, wobei dem Sektor der Rechts- und Wirtschaftsberatung 153 Mio. Fr. und den Banken 300 Mio. Fr. zugerechnet werden. Ferner stammen 276,0 Mio. Fr. an *privaten Einkommen* aus der Beschäftigung in Finanzdienstleistungsunternehmen, deren Zuwachsraten in den vergangenen zehn Jahren auf eine zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft schliessen lassen: Die beiden Erwerbszweige Banken und Rechtsberatung beschäftigten 1991 einen Anteil von 26,2% aller im tertiären Sektor tätigen Personen, was 13,3% aller Beschäftigten in Liechtenstein entspricht. Im Gegensatz zur Bedeutung in bezug auf die Fiskaleinnahmen, auf die Einkommen der privaten Haushalte, die Beschäftigtenzahl und auf den Anteil am Bruttoinlandprodukt erachtet das Gutachten den Finanzdienstleistungssektor als Abnehmer für die Produkte und Dienstleistungen der übrigen Wirtschaftszweige als «von unterdurchschnittlicher Bedeutung».

Finanzdienstleistungen und EWR

In einem Überblick über die Auswirkungen eines *EWR-Beitritts* Liechtensteins (unter Beibehaltung des *Zollvertrags* mit der Schweiz) gelangt die Studie zum Schluss, dass der exportorientierte Produktionssektor vom ungehinderten Zugang zum europäischen Binnenmarkt zweifellos profitieren könne; für die Finanzdienstleistungsunternehmen schaffe die Gewährung des freien Dienstleistungsverkehrs indessen eine *schwierige Situation*, weil nach dem EWR-Beitritt *auch Ausländer* von den spezifisch liechtensteinischen Standortvorteilen profitieren könnten. Überdies stellen das liberale Gesellschafts- und Steuerrecht sowie die Geheimhaltung jene Rahmenbedingungen dar, die als «unabdingbare Voraussetzung für das weiterhin gedeihliche Funktionieren des Finanzdienstleistungssektors» gelten.

Allerdings vermag auch das Gutachten die Frage nicht abschliessend zu klären, ob das *Regulierungsgefälle* zwischen Liechtenstein und dem EWR im Bereich des Gesellschaftswesens aufgehoben oder verringert werden müsse. Die bisher erstellten Rechtsgutachten gelangten zu *gegenständlichen Beurteilungen*, indem einmal die Besondere Gesellschaftssteuer für Holdinggesellschaften unter das Beihilfeverbot gestellt wurde, nach anderer Betrachtung die Privilegierung ausländischer Unternehmen gegenüber Inländern jedoch nicht unter die Beihilfavorschrift fällt. «Tatsächlich steht es grundsätzlich jedem Ausländer offen», fasst das Gutachten die verschiedenen Positionen zusammen, «von der Einrichtung der Besonderen Gesellschaftssteuer in Liechtenstein zu profitieren, so dass Klagen aus dem Ausland betreffend Wettbewerbsverzerrung einen schweren Stand haben dürften.» Dennoch schliessen die Gutachter ein *Beihilfekontrollverfahren* durch die EWR-Behörden nicht aus, weisen aber gleichzeitig darauf hin, dass Liechtenstein innerhalb des EWR-Raumes nicht das einzige Gebiet sei, das Steuerprivilegien anbiete. Dazu komme, heisst es im Gutachten weiter, «dass bei einem Wegfallen der Steuerprivilegien für Ausländer in Liechtenstein und konsequenterweise ebenso in den übrigen EWR-Steueroasen zahlreiche Nicht-EWR-Niedrigsteuergelände nur allzu gerne in die entstandene Bresche springen würden und somit die durch eine solche Massnahme angestrebte Vermeidung des Steuerausfalls keineswegs erreicht würde». Gleichwohl befürwortet das Gutachten eine Überprüfung der geltenden *Sorgfaltspflichtvereinbarung*, die sich von der schweizerischen Vereinbarung nach dem Verbot des Formulars B unterscheidet, und weist auf die Notwendigkeit des Abbaus des Regulierungsgefälles zur Schweiz und zu Österreich in bezug auf die Geldwäscherei-Tatbestände sowie der Insidervergehen hin.

Strategien zur Erhaltung der Branche

Das Gutachten enthält im Schlussteil auch einige Ansatzpunkte, welche Strategien verfolgt werden könnten, um einen weiterhin prosperierenden Finanzdienstleistungssektor zu gewährleisten. Da Zweifel an der EWR-Kompatibilität der Besonderen Gesellschaftssteuer bestünden, die letztlich nur durch ein Gerichtsverfahren beseitigt werden könnten, aber auch auf Grund der Tatsache, dass im EWR-Raum weitere Steueroasen bestehen, empfehlen die Gutachter die genaue Beobachtung aller Schritte, die *Luxemburg* in den EU- bzw. EWR-Gremien zur *Erhaltung der Steuerprivilegien* unternimmt. Mit Versuchen der grossen Industriestaaten, die Steuerflucht nicht nur bilateral zu bekämpfen, sondern auch in den überstaatlichen Gremien diesbezüglichen Druck auszuüben, sei zu rechnen. Deshalb raten die Gutachter, diesen Geschäftszweig künftig *nur massvoll zu entwickeln* und alles zu unternehmen, um kriminelle Gelder aus internationalen Verbrechen und dem Drogenhandel fernzuhalten. Ferner sprechen sie sich gegen die Einführung einer *Verrechnungssteuer* aus, obwohl mit Versuchen der EU zur Harmonisierung der Kapitalertragsbesteuerung gerechnet werden könne.

Auch im Zusammenhang mit der geplanten Einführung der *Mehrwertsteuer* gibt das Gutachten verschiedene Empfehlungen ab: Sollte die Schweiz die Vermögensverwaltung ausländischer Gelder von der Mehrwertsteuer befreien, so müsste Liechtenstein die Vermögensverwaltung generell von der Mehrwertsteuer *ausnehmen*, um eine Benachteiligung gegenüber der *Schweiz* zu vermeiden. Für eine Befreiung der Beratertätigkeit der Rechtsanwälte und Treuhänder von der Mehrwertsteuer spricht nach Auffassung der Gutachter, dass damit eine gewisse Kompensation der eher negativen Folgen des EWR-Beitritts für den Finanzdienstleistungssektor angestrebt werden könnte. Ausserdem spricht sich das Gutachten für die Schaffung *zusätzlicher Standortvorteile* aus und erwähnt in diesem Zusammenhang die Förderung des Anlagefonds-Geschäfts und die zunehmende Bedeutung der Anlagegeschäfte multinationaler Konzerne: «Immer mehr Grossunternehmen erzielen einen wachsenden Anteil des Konzerngewinns durch Geld- und Kapitalmarkttransaktionen. Steuerprivilegierung und Geheimnisschutz könnten für diese Geschäfte durchaus attraktiv sein.»